

Medienmitteilung

BDP reagiert auf ablehnenden Entscheid zum Rückkehrzentrum Prêles

Die BDP-Fraktion im Grossen Rat präsentiert nach dem Nein des Grossen Rates zum geplanten Asyl-Rückkehrzentrum Prêles Vorschläge für die Kantonsgebäude in Prêles sowie für die zentrale Unterbringung von abgewiesenen Asylbewerbern.

Die BDP-Fraktion hat vom ablehnenden Entscheid bezüglich des Asyl-Rückkehrzentrums Prêles Kenntnis genommen. Der Entscheid ist zu akzeptieren, er löst aber keine Probleme, sondern schafft im Gegenteil neue: Die künftige Nutzung der Kantonsgebäude (ehemaliges Jugendheim) in Prêles ist nunmehr unklar. Weiter stellt sich die Frage, wie der Kanton seiner Aufgabe, abgewiesene Asylbewerber, welche das Land aber aus verschiedenen Gründen nicht verlassen, unterzubringen, nachkommen kann. Ein Kritikpunkt an der zentralen Unterbringung in Prêles war, dass bereits in anderen Strukturen untergebrachte Asylbewerber plötzlich nach Prêles hätten gehen müssen.

Aus den Reihen der BDP werden deshalb zwei Vorstösse eingereicht mit konkreten Vorschlägen für das weitere Vorgehen. Einerseits sollen die Gebäude in Prêles im Baurecht verkauft werden. Damit könnte der Kanton einen Schlussstrich um die jahrelange Unklarheit über die Zukunft der Anlagen ziehen.

Andererseits soll der Regierungsrat bei einer künftigen zentralen Einrichtung auf die Verlegung von bereits in anderen Unterkünften untergebrachten Asylbewerbern mit abgelehntem Entscheid verzichten. Damit kann eine sinnvolle zentrale Unterbringung realisiert werden, ohne dass Menschen aus ihrer gewohnten Umgebung gerissen werden müssen. Alternativ ist auch eine Härtefallprüfung, wie dies im Kanton St. Gallen gemacht wurde, zu prüfen.

Auskunft:

Jan Gnägi, Präsident BDP Kanton Bern / Grossrat 079 299 37 77

Francesco Rappa, Grossrat 079 550 10 56

13.03.2019